

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Alee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 25. September 1885.

№ 91.

Auf der Suche nach der „Reaction.“

Eine unglücklichere Rolle hat die freisinnige Opposition wohl noch nie gespielt als in der gegenwärtigen Wahlbewegung. Es fehlt ihr mehr wie je an brauchbaren Schlag- und Stichworten, durch welche sie das Interesse der Wähler auf ihre Seite bringen könnte. Versprach man sich von der Phrase von der Vertheuerung der Lebensmittel durch die Verdreifachung der Kornzölle zuerst einigen Erfolg, so hält man es angesichts der notorischen Billigkeit der Getreidepreise, welche sich mit den vorjährigen auf derselben Stufe bewegen, jetzt für klüger, von diesem Schlagwort keinen allzu großen Gebrauch zu machen. Von einer directen und sachlichen Bekämpfung der positiven Politik, welche im Reiche wie in Preußen zu so großen Resultaten geführt hat, versprechen sich die Freisinnigen noch weniger Erfolg, einmal weil die sachliche Bekämpfung überhaupt nicht ihre Art ist und sodann weil sie hierbei befürchten müßten, auch in den Wählerkreisen, auf die sie speculiren, auf entschiedenen Widerstand zu stoßen. Die Freisinnigen wissen sehr wohl, daß die Kranken- und Unfallversicherung, die Colonialpolitik, die Steuererlasse, die Eisenbahnpolitik und die Verwaltungsreform in den weitesten Kreisen als große Fortschritte und Errungenschaften anerkannt werden und hüten sich, dieselben zu verunglimpfen oder auch nur daran zu erinnern, daß sie fast durchgängig dagegen opponirt haben. So bleibt ihnen denn nichts anderes übrig, als die Gemüther mit dem Gespenst der „Reaction“ in Schrecken zu setzen und mühsam Belege für das Dasein derselben zu sammeln. Da führt man als Beispiel den Einspruch des Regierungspräsidenten in Stettin gegen die Abholzung einer Alee, die lange Untersuchungshaft einer Person, deren Unschuld sich später erwies, die Weigerung eines Staatsanwaltes, in einer gewissen Sache Proceß zu erheben, und dergleichen mehr an und baut hierauf ein System von Angriffen gegen den Geist, welcher die Regierung, die Verwaltung und die Gesetzgebung beherrscht.

„Du kannst im Großen nichts vernichten
Und fängst es nun im Kleinen an.“

Als ob sich so unbedeutende Vorkommnisse — ganz abgesehen davon, daß sie doch von Vielen ganz anders beurtheilt werden dürften — überhaupt zu einer Haupt- und Staatsaction eigneten! Aber in freisinnigen Kreisen scheint man selbst zu fühlen, daß mit jenen Vorkommnissen, die ihre einzigen Waffen im Angriffskampfe sind, doch nur in sehr unzulänglicher Weise das Vorhandensein einer schrecklichen „Reaction“ bewiesen wird. Es sieht beinahe so aus, als ob die freisinnigen Gläubigen in diesem Punkte etwas kleingläubig geworden sind, wenn neulich Herr Alexander Meyer auf dem Breslauer Parteitage erklärte: man dürfe schließlich an die Reaction keine zu übertriebenen Ansprüche machen. Das heißt doch wohl nichts anderes, als daß man selbst in freisinnigen Kreisen jene Beweise für die „Reaction“ nicht für ausreichend hält, und daß man gut thue, sich in Ermangelung anderer mit diesen dürftigen Anzeichen zu begnügen. Noch mehr giebt eine Bemerkung der Nat.-Ztg. zu denken, welche in einer ihrer letzten Nummern schreibt: „Die Reaction von heute übt mit Geschick und Consequenz die Taktik, bei der Verfolgung ihrer Zwecke die öffentliche Meinung so wenig wie möglich herauszufordern.“ Damit sollen doch wohl diejenigen ihrer Freunde getröstet werden, welche an die Reaction nicht glauben wollen: man redet ihnen vor, daß die „Reaction“ eigentlich nur für Kenner bemerkbar ist, und daß man sich, wenn man auch selbst nichts davon merke, ruhig auf das Urtheil der Kenner verlassen dürfe.

Ob das ziehen wird? schwerlich! Kurz, die freisinnige

Opposition ist mit ihrem einzigen Schlagwort der „Reaction“ auch schon auf dem Trocknen. Die Blumenlese „reactionärer“ Beweise kann jedenfalls die üppigen Früchte positiv schaffender Politik, welche ringsherum zu erblicken sind und Jedem, der nicht blind ist, in die Augen fallen müssen, nicht in den Schatten stellen. Der Fortschritt auf der Suche nach Reactionszeichen

„ist wie ein Thier, auf dürrer Heide
von einem bösen Geist im Kreis herum geführt,
und rings umher liegt schöne grüne Weide.“

Die lieben Freunde.

Bei den Landtagswahlen im Jahre 1882 war in Schleswig-Holstein ein Compromiß zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern zu Stande gekommen. An der Spitze der Letzteren stand und steht der Provincialparteiheros Prof. Hänel in Kiel. Damals spielte der Traum von der großen wahrhaft liberalen Partei in Vieler Köpfen. Auch Herr Hänel träumte ihn. Herr Birchow aber hatte den glücklichen Einfall, die Träumer mit dem Namen Dämmerungsliberale zu belegen. Colleague Richter ließ es nicht bei Worten bewenden, sondern stellte sich Herrn Hänel zum Trotz in dem Pinneberger Kreise, wo ein Nationalliberaler nach der geschlossenen Vereinbarung candidiren sollte, selber als Candidat der Fortschrittspartei auf. Als es sich aber zeigte, daß in dem neuen Landtage unter den gewählten Fortschrittlern die Hänel'sche Richtung überwog, zog sich Richter-Achilles grollend in seine Zelte zurück und überließ dem Hänel-Agamemnon das Scepter der Partei.

Für die bevorstehenden Wahlen haben sich in Schleswig-Holstein die Nationalliberalen mit den Conservativen verständigt, wovon natürlich Hänel nicht sehr erbaut ist. Hören wir nun, wie der Vorsitzende des nationalliberalen Parteiausschusses, Oberlandesgerichtsrath Schütt auf der Parteiversammlung in Neumünster mit den Vorwürfen Hänel's über den „Abfall“ der früheren Bundesgenossen in's Gericht gegangen ist. Er sagte nach der „Neuen Zeitung“:

„Die Deutschfreisinnigen in Schleswig-Holstein erheben gegen uns den Vorwurf, daß wir von dem im Jahre 1882 mit ihnen geschlossenen „Compromiß“ abgefallen seien. Herr Professor Hänel hat in seiner bekannten Weise diesen Vorwurf hier in Neumünster gegen uns geschleudert. Der Vorwurf hat leider nur den einen Fehler, daß er vollständig erdichtet ist, daß er auch nur des Scheins einer Begründung entbehrt. Von einem Abfall kann gar nicht die Rede sein. Der Compromiß ist für die damaligen Landtagswahlen vereinbart worden, für weiter gar nichts. Mit dem Vollzug der letzteren hat er sein Ende gefunden. Will man jedoch einmal zulassen, daß wirklich von einem Abfall gesprochen wird, so frage ich: wer ist denn abgefallen? Der Compromiß kam i. Z. zu dem Zwecke zu Stande, um Richter'sche Candidaturen in Schleswig-Holstein, vor denen Herrn Hänel am meisten bange war, zu verhindern. Wenn von der „Kieler Zeitung“ oder einer anderen Seite ein anderes Motiv, wie z. B. der Umstand geltend gemacht wird, daß der Compromiß den alleinigen Zweck hatte, Schleswig-Holstein von Conservativen zu säubern — so ist diese Behauptung eine Unwahrheit. Ich wiederhole und betone auf das Entschiedenste, daß der Beweggrund des Herrn Hänel für den Abschluß des Compromisses mit uns kein anderer war, als ein Schachzug desselben gegen seinen lieben Freund Richter. Die damaligen Richter'schen Candidaturen empfand Herr Hänel als eine ebensogroße Gefahr, wie jede andere Partei hier zu Lande. Gegenüber diesen Thatsachen hat sich nur insofern eine Veränderung vollzogen, als Hänel sich nachher unter Richter gestellt hat, Richter'sche Candidaturen sind bei den letzten Wahlen zum Reichstage aufgestellt worden — unter Zustimmung des Herrn Hänel und der „Kieler Zeitung“ — lange bevor die Nationalliberalen Fühlung mit den Conservativen genommen hatten. Herr Hänel hätte übrigens zweifellos alle Ursache, sich für den Compromiß

bei uns zu bedanken. Durch denselben hat derselbe damals seine Macht gegenüber Richter gezeigt und diesen dadurch gedrängt, die Vereinigung mit der „Seceffion“, der unglücklichsten aller Parteibildungen, zu vollziehen.“

Man hat bisher nicht gewußt, daß der damals zwischen dem Richter'schen und dem Hänel'schen Flügel geführte Kampf eine solche Schärfe angenommen hatte. Hänel verbündete sich mit einer anderen Partei, um Richters Einfluß zu durchkreuzen und zu schwächen. Heute ist Richter, dessen Candidaturen damals von den eigenen Genossen als große Gefahr empfunden wurden, wieder unumschränkter Herr der Partei. Die Wähler werden wissen, welche Lehren sie aus diesen Vorgängen zu ziehen haben.

Der volkswirtschaftliche Congreß.

Ueber die Bedeutung des sog. volkswirtschaftlichen Congresses sind die Acten schon seit langer Zeit geschlossen, so daß eine nähere Beschäftigung mit seinen Verhandlungen als ziemlich überflüssig erscheinen könnte. Wenn wir trotzdem aus Anlaß der soeben in Nürnberg abgehaltenen Versammlung ihm einige Worte widmen, so geschieht dies, weil seine diesmaligen Verhandlungen eine veränderte Taktik des freihändlerischen Lagers erkennen lassen, die, wenn sie auch von keiner Besserung zeugt, doch unzweifelhaft eine Wirkung der herrschenden Politik ist.

Bisher spielte in den freihändlerischen Erörterungen nur immer der „arme Consument“ die Hauptrolle: man sah in jedem Schutzoll eine Vertheuerung der Lebensbedürfnisse, speciell in den agrarischen Zöllen eine Vertheuerung der Hauptnahrungsmittel des Volkes und nahm so den „armen Consumenten“ in Schutz gegen eine Politik, welche ausgesprochenermaßen die vernachlässigtesten Interessen der Producenten wahren sollte. Jetzt erkennt Herr Broemel in seinem Referat über den Einfluß der Schutzölle an, daß sich die Opposition „bisher allzusehr“ auf den Standpunkt des Consumenten zurückgezogen, und er und Herr Barth, denen natürlich der Congreß zustimmte, machen sich nunmehr zu Vertheidigern der Interessen — des „armen Producenten“, unter dem sie vornehmlich nur die Industrie und die Industrie-Arbeiter verstehen, indem sie den Nachweis zu führen suchen, daß „der Protectionismus nichts anderes sei, als die gesetzmäßige Begünstigung des Capitals auf Kosten der productiven Arbeit“.

Es ist klar, was diese Aenderung ihres Standpunktes verursacht hat: die von vielen Seiten gemeldete Thatsache der Ueberproduction und des Sinkens der Preise, welche die Freihändler jetzt für ihre Zwecke gehörig auszubehuten suchen. Früher freilich hatten sie prophezeit, der Schutzoll würde die Fabrikate vertheuern und somit den Export erschweren. Jetzt, wo beides nicht eingetreten, sagt man der Schutzollpolitik nach, sie habe bewirkt, daß „die Erzeugnisse der eigenen Fertigkeit zu Preisen auf den Weltmarkt geworfen werden, zu denen die betreffende Industrie in freier Thätigkeit überhaupt nicht arbeiten kann.“ Aber dieses Urtheil ist ebenso wenig richtig, wie jene Prophezeiung: denn sie geht von der falschen Voraussetzung aus, daß nur die schutzöllnerischen Staaten, bezw. das schutzöllnerische Deutschland unter der Calamität der Ueberproduction leide und seine Waaren unter fortwährend gesteigerter Production zu Spottpreisen loszuschlagen suche. Thatsache ist vielmehr, daß einerseits das freihändlerische England in dieser Beziehung noch schlimmer daran ist und seine Waaren zu Schleuderpreisen anbietet, und daß andererseits die Ausnahmefähigkeit der fremden Märkte für die Erzeugnisse der europäischen Industrie sich mindert, weil sie selbst große Fortschritte in der Production gemacht haben.

Es verlohnt sich nicht, die Lobpreisungen der Freihandelspolitik als einzigen Recept gegen diese Entwicklung zu widerlegen: das Beispiel Englands sagt in dieser Beziehung schon genug. Worauf es uns ankommt, ist, zu zeigen, zu welchen falschen Schlüssen die Freihändler wieder bei ihrer einseitigen Betonung der Interessen der Production und bei ihrer einseitigen Auffassung des Begriffes des Producenten gelangen. In ihren Augen ist nur die Industrie Producent und diese soll einmal durch die große Production an Fabrikaten und durch das hieraus entstehende Sinken der Fabrikatpreise und sodann durch die agrarischen Zölle und die hieraus entstehende Vertheuerung der

Lebensmittel Nachtheil erleiden. Von thatsächlich bereits zu constatirenden Schäden in dieser Richtung kann überhaupt nicht die Rede sein: denn weder ist eine Verminderung der Löhne noch eine Vertheuerung der Lebensmittel eingetreten. Aber auch theoretisch ist der freihändlerische Einwand nicht stichhaltig. Die große Waarenproduction ist an sich für die Industrie und die Arbeiter nicht nachtheilig, wenn nur die Consumption mit ihr gleichen Schritt hält. Nach freihändlerischer Auffassung regeln sich Consumption und Production am besten in freier Entwicklung „durch das Ausschleiden der schwächeren Elemente unter den Producenten.“ Daß hierbei Tausende von Arbeitern zu Grunde gehen, das mag — wie Herr Broemel sagt, — „für den Einzelnen ein harter Proceß sein, für die Gesamtheit ist er heilsam.“ Hier tritt wieder der Mangel an Interesse für die Producenten in seiner ganzen Nacktheit hervor. Die herrschende Politik glaubt dagegen, daß die Gesamtheit verpflichtet sei, nach Kräften solche „harten Proceße für die Einzelnen“ zu verhindern, und das geschieht durch die Ausdehnung der Consumption, d. h. durch die Erhöhung der Consumtionsfähigkeit der arbeitenden Klassen, wie sie die Socialpolitik verfolgt, und durch das Aufsuchen neuer Absatzmärkte, wie es die Colonialpolitik, die Dampfersubvention, die Errichtung neuer Consulate u. s. w. bezweckt. — Auf der anderen Seite übersehen die Freihändler, daß die landwirtschaftliche Arbeit doch in hohem Maße und in erster Linie auch „productive Arbeit“ ist und daß das Interesse der landwirtschaftlichen Producenten doch mindestens ebenso in's Gewicht fällt, wie das der Industrie-Arbeiter. Durch die agrarischen Maßregeln wird die Kaufkraft von etwa zwei Dritteln der Nation erhöht, und das kommt wieder den industriellen Producenten wesentlich zu Gute.

Parlamentarische Rückblicke.

Stand der Finanzen.

(Schluß.)

Als bei Eröffnung der letzten Session des preussischen Landtages bekannt wurde, daß zur Deckung der im Etat für 1885/86 vorgesehenen Ausgaben eine Anleihe von rund 22 Millionen Mk. aufgenommen werden muß, war die freisinnige Opposition sofort mit ihrem Urtheil von dem vollständigen „Fiasco“ der Reichsfinanz- und Steuerpolitik bei der Hand. Allerdings war es unter Anderem Zweck dieser Politik, den Einzelstaaten neue Einnahmen zuzuführen, um sie zur besseren Deckung ihrer Ausgaben in Stand zu setzen. Dieser Zweck der Steuerreform ist aber auch vollständig erreicht worden. Wie stand es denn mit den Finanzen Preußens vor Beginn der Steuerreform? Im Jahre 1878/79 hatte Preußen ein Deficit von 42 Millionen, im Jahre 1879/80 ein Deficit von über 73 Millionen Mk.; an diesen Deficits war einerseits der Verzicht auf Steuereinnahmen Schuld, welcher durch die Steuerreformgesetzgebung in Preußen im Anfang der siebziger Jahre ausgesprochen wurde, ferner die Vermehrung der Ausgaben in der Cultus- und Justizverwaltung, wie auch die Zunahme der an das Reich zu zahlenden Matricularbeiträge. Letztere betragen im Jahre 1879/80 allein 43 1/2 Millionen Mk. Durch die Zollgesetzgebung des Jahres 1879 wurden den Einzelstaaten stets wachsende Summen überwiesen, so im Jahre 1882/83 an Preußen 50,329,790 Mk., im Jahre 1883/84 51,564,091, im Jahre 1884/85 nach dem Etat 58,478,003, und im Jahre 1885/86 sollen nach dem Voranschlag überwiesen werden 58,744,631 Mk. Diese Ueberweisungen, deren Höhe von dem Ueberschuß der Zölle und Tabacksteuer über die für das Reich reservirte Summe von 130 Millionen Mk. abhängt, haben sich also stets vermehrt. Dagegen hat sich die Summe der an das Reich herauszahlenden Matricularbeiträge Preußens von 1881/82 an bis 1884/85 stets vermindert, so daß thatsächlich das Reich in dem letztgedachten Jahre 18 1/2 Millionen Mk. über den empfangenen Matricularbeitrag an Preußen herauszahlte. Während also Preußen im Jahre 1879/80 etwa 43 1/2 Millionen Mk. zu den Unterhaltungskosten des Reichs beitrug, erhielt es im Jahre 1884/85 18 1/2 Millionen Mk., — das macht für Preußen eine Verbesserung seiner Finanzen durch die Reichssteuerreform um 62 Millionen Mk. Hierdurch gelang es allmählich, auch die Einnahmen und Ausgaben in Preußen in Einklang zu bringen.

und die früheren colossalen Deficits zu beseitigen, ferner 20 1/2 Millionen Mk. an Steuer zu erlassen und den steigenden Bedürfnissen der Verwaltung, namentlich auch für culturelle Zwecke, zu genügen.

Freilich aber würden die Ueberweisungen vom Reiche nicht hingereicht haben, um die wachsenden Bedürfnisse des Staates zu befriedigen. Aber Dank dem Aufschwung des Handels und Verkehrs, des Gewerbes und der Industrie haben sich auch von Jahr zu Jahr die Erträge aus den productiven Verwaltungen — so namentlich der Eisenbahnverwaltung, der Steuer-, Forst-, Bergwerks- und Domänenverwaltung — erheblich vermehrt. Für das laufende Finanzjahr konnten 114,865,538 Mk. Mehreinnahme gegenüber dem Vorjahr angefeht werden. Aber in dem laufenden Etatsjahr hat auch eine Ausgabenvermehrung von 134,397,046 Mk. stattgefunden, so daß sich die Ausgaben insgesammt auf 1,258,928,396 Mk. erhöht haben. An der gegenüber den Einnahmen unverhältnißmäßig großen Steigerung der Ausgaben ist der Mehrbetrag zu den Kosten des Reichs Schuld, welcher — während er im vorigen Jahre nur 39,852,157 Mk. betrug — diesmal auf 62,393,727 Mk. veranschlagt ist. Dadurch hat sich, da Preußen vom Reich nur 58,744,631 Mk. erhält, das im Vorjahr erzielte Verhältniß wieder umgedreht, indem Preußen wieder etwa 3 1/2 Millionen Mk. zu den Unterhaltungskosten des Reichs beitragen muß! Hiermit stehen die Finanzen Preußens aber immer noch um 40 Millionen Mk. besser, als 1879/80, wo es — ohne etwas zu erhalten — 43 1/2 Millionen Mk. an das Reich abführen mußte. Die erhöhten Forderungen des Reichs sind vornehmlich durch den Ausfall in der Rübensteuer, also durch den Rückgang eines landwirthschaftlichen Erwerbszweigs, veranlaßt worden und haben in dem preußischen Haushalt ein Deficit von 22 Millionen Mk. verursacht, während der vorjährige Etat ohne Inanspruchnahme des Staatscredits abgeschlossen werden konnte. Der Rechnungsabluß von 1884/85 weist aber für Preußen einen Ueberschuß von etwa 27 Millionen Mark auf. Wenn derselbe auch zur Tilgung der Eisenbahncapitalschuld verwendet werden muß und nicht den folgenden Jahren als Ueberschuß zu Gute geschrieben werden kann, so beweist er doch, wie gesund an sich die finanziellen Verhältnisse Preußens Dank dem wirthschaftlichen Aufschwunge und Dank der Reichsfinanzpolitik sind.

Aber das durch den Ausfall von Reichseinnahmen hervorgerufene Deficit Preußens beweist seinerseits auch, wie nothwendig die Vermehrung von indirecten Reichseinnahmen ist. Einen wie hohen Ertrag die mit dem 1. October in Kraft tretende Börsensteuer liefern wird, läßt sich noch nicht beurtheilen. Sie wird aber jedenfalls die Reichsfinanzen in Etwas aufbessern, so daß hieraus auch für die Finanzen Preußens eine weitere Besserung zu erhoffen ist. Die neuen Zölle werden nur zum Theil dem Staate zu Gute kommen, weil ein ungefährer Betrag von 20 Millionen Mk. vorweg den Gemeinden überwiesen ist. Alles in Allem verdankt Preußen der Reichsfinanz- und der Steuerpolitik wesentliche Vortheile.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Nach einer Verfügung des Ministers des Innern sind die in § 66 des Bahnpolizeireglements vom 4. Januar 1875 unter Nr. 5 bis 13 aufgeführten Beamten als polizeiliche Vollstreckungsbeamte im Sinne des § 34 Nr. 6 des Gerichtsverfassungsgesetzes anzusehen und daher von der Aufnahme in die Schöffenslisten auszuschließen. Der Justizminister hat die Behörden seines Ressorts in demselben Sinne mit Benachrichtigung versehen.

Politische Tagesfragen.

** „In einem vor etwa 25 Jahren veröffentlichten Lehrbuche der Finanzwissenschaft stellte Umpfenbach die Behauptung auf, daß ein verkehrs- und kulturförderndes Element von so großer Tragweite, wie das Eisenbahnwesen, nur dann in voller Ausdehnung Früchte tragen könne, wenn es als Staatseinrichtung behandelt würde. Er bezeichnete es einfach als Pflicht des Staates, als Staatszweck schlechthin, alle Eisenbahnen des Landes zu übernehmen“. Mit diesen Sätzen beginnt ein Artikel in einem der letzten Hefte der „Grenzboten“, dessen sachkundiger Verfasser in Anknüpfung an zwei vor nicht langer Zeit veröffent-

lichte Werke über die englischen und die nordamerikanischen Eisenbahnzustände kurz zusammenfaßt, wie mißliche Verhältnisse sich in denjenigen Culturländern herausgebildet haben, in welchen, wie in England, den Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland, heute noch das Privatbahnsystem das allein herrschende ist. Einiges aus diesem Artikel dürfte auch für unsere Leser von Interesse sein. — „Man könne nicht besser für Staatsbahnen schreiben“, meint der Verfasser, „als wenn man diese Zustände ohne alle Nutzenwendung einfach wahrheitsgetreu schildere.“ „Eine so rücksichtslose Ausbeutung des Publikums durch ein Monopol, wie sie in den gedachten Ländern täglich vorkommt, sei unter dem Staatsbahnsystem einfach undenkbar. Die völlige Freiheit des Bahnbaus habe zu einer maßlosen Ueberproduction in den Vereinigten Staaten geführt, die auf diesem Gebiete einen ähnlichen Kampf ums Dasein erzeuge, wie auf anderen. Besonders charakteristische Beispiele biete jenes Land dafür, welche Wege eine sich selbst überlassene Privateisenbahnunternehmung einschlägt, um bei der Kapitalsbeschaffung für eine Eisenbahn einen möglichst hohen Gewinn für sich einzustreichen, wie sie das von der Regierung und der Gesetgebung ihr geschenkte Vertrauen lediglich zur Schädigung der Gesamtheit benutze. Zu solchen Maßnahmen gehöre in erster Linie die sog. „Verwässerung des Anlagekapitals, d. h. die Herausgabe fingirter Werthpapiere, welche an die Gründer und die Gönner der Bahnen vertheilt, und dann unter Anwendung einer marktstreuerischen Reclame für die verwegsten Börsenspeculationen verwertet würden. In Nordamerika gebe es überdies bereits ein absolutes Eisenbahnkönigthum, förmliche Staaten im Staate; deren Träger die Verkehrsverhältnisse großer und weiter Gebiete ohne jegliche Controlle ihrer willkürlichen Alleinherrschaft unterthänig machten. Die Bevölkerung beider Länder kenne recht wohl diese Schädigungen, die ihr täglich fühlbar würden; sie wisse aber kein Mittel zu ihrer wirksamen Beseitigung. Die bloße Staatsaufsicht habe sich so mächtigen Eisenbahnen gegenüber als gänzlich wirkungslos erwiesen.“

Erfährt man von solchen Dingen in fremden Ländern, so kann man in der That unserer Regierung nicht dankbar genug dafür sein, daß sie rechtzeitig an die Lösung der Eisenbahnfrage in dem von Umpfenbach befürworteten Sinn herantreten ist und mit kräftiger Hand dem Staate das zurückerober hat, was ihm allein gebührt.

Die Erkenntniß, daß vor Allem der Freisinn noch weiter zu isoliren oder auf die alleinige Hülfe des Centrums anzuweisen und daß es klüger sei, die gemäßigten Elemente zu stärken, als in veraltete Klagen über eine Reaction einzustimmen, die nicht vorhanden ist, hat bei den Nationalliberalen erfreuliche Fortschritte gemacht. Auf der Parteiversammlung in Neumünster wurde das mit den Conservativen getroffene Uebereinkommen von allen Rednern gut geheißt. Während es sich bei den letzten Landtags-Wahlen in Schleswig-Holstein für die Nationalliberalen darum handelte, Richtersche Candidaturen mit Hülfe der gemäßigten Richtung Hanel zu verhindern, sollen jetzt überhaupt freisinnige Wahlen verhindert werden, zu welchem Zwecke Nationalliberale und Conservative sich verbunden haben. In Neumünster erklärte es der Hauptredner, Oberlandes-Gerichtsrath Schütt, für ungerecht, diesen Staat und dessen Regierung so rücksichtslos, als es die deutsch-freisinnige Partei thue, zu bekämpfen. Noch deutlicher sprach der folgende Redner Gymnasialdirector Prof. Dr. Wallisch, indem er sagte:

„Meine Ansicht war von jeher, daß eine ersprießliche Arbeit in Staat und Reich eine Verständigung mit der Regierung und eine Zurückdrängung der radicalen Elemente von rechts und links erheische. Niemals hat es eine tüchtigere Regierung gegeben, wie wir solche in unserem Vaterlande besitzen. Von einer „heillosen Reaction“ zu sprechen ist einfach heillosen Unsinn.“

Der lang projectirte Nord-Ostsee-Canal soll nun endlich zur Ausführung gelangen. Wie verlautet, wird demnächst dem Bundesrath ein bezüglicher Gesetzentwurf vorgelegt werden. Nach dem Entwurf soll der Canal östlich von Brunsbüttel in die Elbe einmünden, von da im Thale der Gieselau mit geringen Kurven den südlichsten Punkt der Eider erreichen, von da dem Laufe des Flusses bis Rendsburg folgen und dann in der Richtung des jetzigen Eiderkanals bis zur Mündung in die Ostsee bei Holtkenau laufen. Die Linie des Eiderkanals wird derselbe aber nicht streng innehalten, vielmehr die größeren Krümmungen desselben geradlinig abschneiden. Schleusen sind nur an beiden Mündungen des Canals in die Ost- und Nordsee projectirt, um den Eintritt von Springfluthen, bezw. der gewöhnlichen Fluth abzuhalten. Die Abmessungen des Canals sollen 60 Meter Breite am Spiegel, 26 Meter an der Sohle bei 8,5 Meter Tiefe betragen, werden mithin für den Verkehr der größten Rauffahrtsschiffe, wie der Panzerschiffe der kaiserlichen Marine ausreichen.

Man schreibt uns aus Cassel: „Trotz der im Ganzen zufriedenstellenden Ernte scheint vorerst eine Besserung in der Lage der Landwirthe nicht erwartet werden zu können, da die Preise der Früchte so auffallend

niedrig stehen, daß von einem nennenswerthen Reinertrag kaum die Rede sein kann. Es kosten dormalen Weizen 15—15 $\frac{1}{2}$ M., Roggen 14 M., Hafer 12—13 M., Gerste 15 M für den Doppelcentner. Auch die Viehpreise stehen niedrig, der Handel ist schleppend. Da die Einnahmen für die landwirthschaftliche Bevölkerung zu gering sind, ist auch eine Besserung der allgemeinen Lage der Bevölkerung noch nicht eingetreten."

Die Gesamtlage der Landwirthschaft im Liegnitzer Bezirke ist unverändert auf dem früheren ungünstigen Standpunkte geblieben, die niedrigen Preise für Getreide haben sich behauptet und die Preise für Wolle und Fleischproducte sind sogar noch heruntergegangen. Natürlich leidet der kleine Gewerbebetrieb und das Handwerk unter dem Druck, der auf der Landwirthschaft liegt und die ländlichen Besitzer ihre Einkäufe auf das Nothwendigste beschränken läßt. — Was die Industrie betrifft, so ist im Einzelnen zu erwähnen: die Glasindustrie hat Fortschritte gemacht und auf der Görlitzer Ausstellung bewiesen, daß sie in der Lage ist, es vollständig mit der böhmischen Glasindustrie aufzunehmen. — In der Mühlenindustrie haben die kleineren Betriebe, die wegen Mangel an Kapital die neueren Verbesserungen nicht einführen konnten, mit ungünstigen Verhältnissen zu kämpfen, zumal bei anhaltender Dürre eine Abnahme der Wasserkraft stattgefunden hatte. — In der Weberei tritt die Thatsache, daß die Handweberei gegen den Fabrikbetrieb nicht wettbewerben kann, mit der Vermehrung und Vergrößerung der betr. Fabrikanlagen immer mehr zu Tage. Der Verdienst der Handweber ist auf ein so geringes Maß heruntergegangen, daß sie bei der angestrengtesten Thätigkeit kaum den nothdürftigen Unterhalt zu bestreiten vermögen. Ein großer Theil der Weber ist auch nicht mehr in der Lage, den Betrieb auf eigene Rechnung zu führen, sondern arbeitet — wie z. B. in Langenöls alle 400 Weber mit Ausnahme von nur 5 — für die Grossisten. Trotzdem halten die Weber, namentlich im Kreise Landeshut und einem Theile des Kreises Sagan mit außerordentlicher Zähigkeit an ihrem Gewerbe fest und es sind daher alle Bemühungen fruchtlos, der drohenden Existenzunfähigkeit vorzubeugen, so lange nicht ein Mittel gefunden ist, die Weber einer anderen, einträglicheren Beschäftigung zuzuführen. — Der Grubenbetrieb hat sich etwas günstiger gestaltet und zugenommen. — Die Arbeiter hatten in Industrie und Gewerbe stets Beschäftigung und auskömmlichen Verdienst, an manchen Orten wurde geklagt, daß die Arbeitskräfte zu sehr der Landwirthschaft entzogen würden und für diese Arbeitermangel einträte.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Nach Beendigung der großen Herbstmanöver des XIII. Armeecorps haben sich der Kaiser nach Baden-Baden, der Kronprinz nach Homburg v. d. S. und Prinz Wilhelm über München nach Wien begeben. Letzterer folgt bekanntlich einer Einladung des Kronprinzen Rudolf von Oesterreich-Ungarn. Kaiser Wilhelm hat in einem Schreiben dem König von Württemberg für die ausgezeichnete herzliche Aufnahme gedankt und seinen Glückwunsch zu dem guten Stand der württembergischen Truppen ausgesprochen.

Das diplomatische Corps wird nächstens wieder vollzählig in Berlin versammelt sein. Es liegt nahe, daß die ostrumelische Angelegenheit die Rückreise einzelner der Herren beschleunigt hat.

Fürst Bismarck traf Ende voriger Woche in Berlin ein und hat verschiedene Besprechungen und Conferenzen abgehalten, so mit dem Präsidenten des braunschweigischen Staatsministeriums Grafen Görz-Weisberg und unserm Botschafter in London, Grafen Münster, der auf seinen Posten dieser Tage wieder eintrifft.

Der Bundesrath hat beschlossen, die Petroleumfässer, die bis jetzt zollfrei eingingen, dem Zoll für Böttcherwaaren zu unterwerfen. Am Freitag sollte über einen Vorschlag Beschluß gefaßt werden, der diejenigen Fässer, welche wieder ins Ausland zurückgehen, vom Zolle frei läßt. Der Bundesrath hat ferner in die Verlängerung des über Berlin und Hamburg auf Grund des Socialistengesetzes verhängten kleinen Belagerungszustandes gewilligt.

Was das Parteileben und die Wahlen betrifft, so ist besonders von zwei Provinzial-Versammlungen der Nationalliberalen, in Hannover und in Neumünster, zu berichten. Dort hielt Herr v. Bennigsen eine längere Rede, die in zweifacher Hinsicht ausgezeichnet war, einmal in der scharfen Verurtheilung des Fraktionswesens, wie es sich in den Parlamenten immer mehr ausgebildet hat, und dann in der rückhaltlosen Anerkennung der vom Reichskanzler vertretenen Socialpolitik. Die Freisinnigen sind darob sehr ungehalten, während die Kundgebung bei den weiter rechts stehenden Elementen viel Beifall gefunden hat. Auf der Schleswig-Holsteinischen Parteiversammlung kam eine recht interessante Enthüllung zu Tage. Oberlandesgerichtsrath Schütt behauptete mit aller Bestimmtheit, daß das frühere Compromiß mit dem

Fortschritt dem Zweck gedient habe, Richter'sche Candidaturen zu verhindern. Das sei besonders das Streben des Herrn Hänel gewesen. Ein anderer Redner erklärte es für heillosen Unsinn, jetzt von Reaction zu sprechen. Das mit den Conservativen für die bevorstehenden Wahlen in der Provinz getroffene Uebereinkommen wurde allseitig gut geheißen.

Aus dem Auslande.

Das Hauptereigniß der letzten Tage ist der Aufstand in Ost-rumelien, der sich am 18. Sept. schnell und unblutig entwickelte, mit der Absetzung und Gefangennahme des Gouverneurs begann und mit der Proclamation der Vereinigung von Bulgarien und Ostrumelien und der Uebernahme der Regierung des vereinigten Landes durch Fürst Alexander von Bulgarien unter Beilegung des Titels „Fürst von Nord- und Süd-bulgarien" endigte. Weitere Folgen hat dieser schnelle Wechsel der Dinge bisher noch nicht gehabt und es fehlt auch an sicheren Anzeichen über das, was die Pforte und die Berliner Vertragsmächte nunmehr zu thun gedenken. Nur soviel scheint festzustehen, daß die Pforte sich in einem Rundschreiben an die Mächte gewandt und ihnen ihren Entschluß mitgetheilt hat, von der Bestimmung des Berliner Vertrags, welche unter gewissen Bedingungen die Entsendung türkischer Truppen nach Ostrumelien vorsieht, Gebrauch machen zu wollen. Ueber die Entschlüsse der Mächte verlautet noch nichts. Kann man die Stimmen der Presse in den verschiedenen Hauptstädten als Vorzeichen gelten lassen, so waltet sowohl in London wie in St. Petersburg die Hoffnung vor, daß sich ein gütlicher Ausgleich zwischen der Pforte und dem Fürsten von Bulgarien werde ermöglichen lassen. Die Pforte läßt große Mäßigung walten und hat noch nicht Befehl zum Einmarsch der Truppen gegeben. Der russische Kriegsminister hat die russischen Offiziere in der bulgarischen Armee sofort zurückberufen und das Zufließen von russischen Freiwilligen nach Bulgarien verboten. Fürst Alexander hat unter dem Willkommen der Bevölkerung seinen Einzug in Philippopol gehalten und sorgt nun für die Vertheidigung der rumelisch-türkischen Grenze, den Kampf „um die Union" als Parole ausgebend. Auch soll der Fürst eine Deputation an die Mächte mit der Bitte um Anerkennung des Geschehenen abgesandt haben. Die weitere Entwicklung der Dinge wird wesentlich auch von der Stimmung auf der Balkanhalbinsel abhängen. Begehrlicherweise hat der Vorgang in Ostrumelien bei den verschiedenen Völkern der Halbinsel, insbesondere bei den Griechen, große Erregung hervorgerufen, welche letztere Proteste gegen die ihre Stammesgenossen benachteiligende Vereinigung beider Bulgarien zu erlassen beabsichtigen. Die Könige von Griechenland, Serbien und Rumänien, die sich im Auslande befanden, sind sofort in ihre Hauptstädte zurückgekehrt, Serbien hat mobil gemacht, Griechenland scheint eine gleiche Absicht zu haben. Als bemerkenswerthes Symptom verdient hervorgehoben zu werden, daß die auf Urlaub befindlichen Botschafter am kaiserlich deutschen Hofe, wie der von Frankreich, England und Italien, sofort auf ihren Posten zurückgekehrt sind, bzw. wie der von Rußland und Oesterreich-Ungarn ehestens zurück-erwartet werden.

Die Carolinenfrage hat insofern eine andere Gestalt angenommen, als jetzt bekannt wird, daß nicht nur England in Madrid von Neuem die Berechtigung der Ansprüche Spaniens bestritten hat, sondern auch zu Gunsten des deutschen Vorschlags wegen eines Schiedsgerichts eingetreten ist; auch Frankreich, Italien, Rußland und Oesterreich-Ungarn haben in Madrid Erklärungen im Sinne des deutschen Vorschlags abgegeben, so daß in dieser Beziehung Spanien isolirt dasteht. Von der Antwort Deutschlands auf die letzte spanische Note verlautet noch nichts. Gerüchte über Vorschläge wegen eines Compromisses bezüglich der Carolinen- und benachbarter Inselgruppen sind in letzter Zeit wiederholt gemeldet, aber offenbar verfrüht, da zunächst der Schiedspruch über die Rechtsfrage wird abgewartet werden müssen, bevor von Transactionen im Sinne gegenseitiger Concessionen die Rede sein kann.

Im Uebrigen ist die Ausbeute auf dem Gebiete der auswärtigen Politik nur gering. In Wien ist das neugewählte Abgeordnetenhaus zusammengetreten, dessen deutsch-liberale Mitglieder — statt in Ansetzung der Stärke der anderen Nationalitäten auf Eintracht bedacht zu sein — sich in zwei Clubs, den deutschen Club und den deutsch-österreichischen, geschieden haben. In Paris hat die Wahlbewegung die Gemüther so erhitzt, daß in einer Arbeiterversammlung der Revolver eine Rolle spielte und mehrere Opfer forderte. In London ist eine Proclamation wegen weiterer Vertagung des Parlaments vom 31. Oct. bis zum 5. Decbr. und eine andere wegen Entlassung der im Februar mobilisirten Milizregimenter ergangen. Gladstone hat zugleich ein Wahlmanifest erlassen, in welchem er seine Irrthümer in der ägyptischen Politik bekennt und wieder sein altes Programm der Befreiung der unterdrückten Völkern empfindet. In Haag sind die Generalkonferenzen eröffnet worden, in Amsterdam hat eine Kundgebung wegen Einführung des allgemeinen Stimmrechts stattgefunden, und in Palermo wüthet die Cholera, die zahllose Opfer fordert und die unruhige Bevölkerung zu wiederholten tumultuarischen Kundgebungen veranlaßt hat.

versicherung zum 1. October in Kraft treten zu lassen. Ingleichen werden bis dahin die Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltungen, sowie die Marine- und Heeresverwaltungen, soweit es sich um Reichs- und Staatsbetriebe handelt, mit den nach dem Gesetze vom 28. Mai 1885 erforderlichen besonderen Einrichtungen versehen, und soweit Privatbetriebe in Frage kommen, berufsgenossenschaftlich organisiert sein. Nachdem der Bundesrath unter dem 21. Mai d. J. über die Bildung der nach dem Unfallversicherungsgesetze vom 6. Juli 1884 zu errichtenden Berufsgenossenschaften Beschluß gefaßt hatte, wurden in der Zeit vom 1. bis 27. Juni d. J. die Genossenschaftsversammlungen zur Feststellung der Statuten abgehalten. Da die Entwürfe der letzteren jedesmal vor den Versammlungen dem Reichs-Versicherungsamt zur Vorprüfung eingekommen waren und die mit deren Ausarbeitung betrauten Ausschüsse etwaigen Ergänzungs- oder Abänderungsvorschlägen der Aufsichtsbehörde bereitwillig entsprachen, ließ es sich erreichen, daß bereits am 10. Juli d. J. das letzte der 55 Statuten die Genehmigung gemäß § 20 des Gesetzes fand. Demnächst wurden in den Berufsgenossenschaften mit Sectionsbildung die Delegirten zur Genossenschaftsversammlung seitens der Sectionen ungefähr gewählt, sodann die Genossenschaftsversammlungen berufen, die Wahl der definitiven Genossenschaftsvorstände, der Sectionsvorstände und der Beisitzer zum Schiedsgericht seitens der Genossenschafts- bezw. Sectionsversammlungen bewirkt, endlich die Vertrauensmänner nach vorgängiger Abgrenzung ihrer Bezirke, sei es von den Versammlungen, sei es von den Vorständen, je nach den statutarischen Bestimmungen berufen. Gegenwärtig sind die vorgenannten Organe der Berufsgenossenschaften mit wenigen Ausnahmen überall bestellt; wo letzteres noch nicht geschehen ist, wird das Versäumte nach den vorliegenden Berichten bis zum 25. September 1885 nachgeholt sein. Gleichzeitig mit der Organisation der Berufsgenossenschaften ist die der Vertretung der Arbeiter in Angriff genommen worden. Daß die zur Theilnahme an den Unfalluntersuchungen hinzuzuziehenden Bevollmächtigten der Krankenkassen und der Knappschaftskassen (§§ 45 und 54 a. a. D.) von den Kassenvorständen gewählt seien, wurde bereits im vergangenen Monat von fast allen Seiten angezeigt; zur Zeit laufen nur noch ganz vereinzelte Anzeigen hinsichtlich jener Wahlen, welche durchweg glatt verlaufen sind, ein. Die Vorbereitungen zur Wahl der übrigen Arbeitervertreter, welchen die Wahl der Beisitzer zum Schiedsgericht, die Begutachtung der zur Verhütung von Unfällen zu erlassenden Vorschriften u. dgl. obliegt, sind zwar seit dem 15. Juni im Gange, indeß noch nicht zum Abschluß gelangt. Letzteres ist für das Inzesttreten der Unfallversicherung auch nicht nothwendig. Dem Vorstehenden nach werden also spätestens Ende September d. J. bei allen Berufsgenossenschaften diejenigen Organe vorhanden sein, welche zur Durchführung einer Unfalluntersuchung und zur Feststellung der Entschädigungen für die Verletzten oder deren Hinterbliebene erforderlich sind. Was die Organisation der Schiedsgerichte betrifft, so sind deren Sitze, soweit die Bezirke über die Grenzen eines Bundesstaates hinausgehen, was bei den meisten der Fall ist im Einvernehmen mit den beteiligten Centralbehörden diesseits unter dem 12. September 1885 bestimmt worden. Auch die Sitze der übrigen innerhalb der Grenzen eines Bundesstaates sich haltenden Schiedsgerichte sind von den beteiligten Centralbehörden entweder bereits bestimmt worden, oder werden in allernächster Zeit bestimmt werden. — Die Aufstellung der Genossenschaftskataster ist seit längerer Zeit überall in Angriff genommen, an manchen Stellen dem Abschluß nahe, dergleichen die Ausstellung der Mitgliedsheine. Auch im Uebrigen ist die Verwaltung der Berufsgenossenschaften überall eingerichtet; der Erlaß einer Instruction an die Vorstände wegen des Verfahrens bei Aufstellung von Zahlungsanweisungen an die Post steht unmittelbar bevor.

Was die Eingangs erwähnten Privatbahn- und Straßenbahn-Berufsgenossenschaften anlangt, so haben die verbündeten Regierungen deren Bildung bereits im Laufe des vorigen Monats gutgeheißen, worauf die hohen Ausschüsse des Bundesraths am 2. d. M. entsprechenden Beschluß faßten. Von Seiten der beiden Berufsgenossenschaften sind weiter die Statuten mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen worden, welche unter dem 15. d. M. vom Reichs-Versicherungsamt genehmigt worden sind. Die bereits vorbereiteten Wahlen der Vorstandsmitglieder, der Schiedsgerichtsbeisitzer und der Vertrauensmänner werden bis zum 25. d. M. seitens der Genossenschaftsversammlungen bewirkt sein. Gleicherweise sind die für die Post-, Telegraphen- und Reichs- wie Staatsbahn-, sowie für die Marine- und Heeresverwaltungen erforderlichen besonderen Einrichtungen theils bereits getroffen, theils dem unmittelbaren Abschluß nahe. Da das Gesetz vom 28. Mai 1885 im § 17 ausdrücklich ein theilweises Inkraftsetzen desselben vorsieht, wird es angängig sein, dies einstweilen nur in Betreff der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltungen, sowie der Marine- und Heeresverwaltungen geschehen zu lassen, da die von dem Gesetze mitumfaßten Fahrwerks-, Binnenschiffahrts- und Flößerei- u. dgl., Speditions-, Speicher- und Kellereibetriebe u. dgl. bis jetzt noch nicht berufsgenossenschaftlich organisiert werden können."

Die Lage des Bergbaues und der Bergindustrie in der Provinz Hannover hat, wie man uns von dort berichtet, im Laufe des Sommers keine wesentlichen Aenderungen erfahren, und kann im Ganzen als befriedigend bezeichnet werden, wenn auch die gedrückten Preise noch immer keine Aufbesserung zeigen. Auf dem fiskalischen Steinkohlenbergwerk am Deister haben sich Production und Absatz recht günstig gestaltet. Ähnliches gilt von den andern in privaten Händen befindlichen Steinkohlenbergwerken. Die gedrückte Lage der Eisenbergwerke des Harzes hat sich leider noch immer nicht gebessert. Dagegen sind die der Ilse der Hütte gehörigen Gruben bei Vülten, Akenstedt, Lengebe und Ohle in ihrer großartigen Entwicklung nicht aufgehalten worden. Neuere günstige Aufschlüsse verbürgen eine Leistungsfähigkeit dieser Werke, welche noch auf lange Zeit dem starken Erzverbrauch der Ilse der Hütte gewachsen sein wird. Der Betrieb der Blei- und Silbererzgruben war normal. Ein reiches Silbererzmittel, welches anscheinend von einiger Nachhaltigkeit sein dürfte, wurde bei Andreasberg aufgefunden. Auf den Metallhütten des Oberharzes sind gleichfalls keine wesentlichen Aenderungen zu verzeichnen. Betriebsstörungen haben nicht stattgefunden. Theilweise wird über weiteres Sinken der Preise geklagt. Insbesondere sind die Eisenpreise noch mehr zurückgegangen und leiden unter der ausländischen Concurrenz und der Ueberproduction des Inlandes. Auch die schwierige Lage, in welcher sich seit einiger Zeit die Draht-Industrie befindet, hat sich noch nicht gebessert. Arbeiter-Entlassungen im großen Umfange haben jedoch nicht stattgefunden.

Wie jetzt bekannt wird, ist in dem englischen Blaubuch vom Jahre 1882 eine Depesche des englischen Gesandten Sir A. Zahard in Madrid vom 14. November 1876 enthalten, worin derselbe seiner Regierung berichtet, daß er mit dem jetzigen spanischen Ministerpräsidenten in Verfolg der englischen und deutschen Protestnote vom Jahre 1875 eine Unterhaltung bezüglich der Besitzansprüche Spaniens auf die Carolinen gehabt habe. Er habe dem Ministerpräsidenten gegenüber bemerkt, daß jene Protestnote keinerlei Beachtung gefunden habe, daß er aber guten Grund zu der Annahme habe, daß spanische Kriegsschiffe und Beamte sich auf jenen Inseln ein Aufsichts- und Jurisdiktionsrecht beizulegen versuchten, welchem weder England noch Deutschland sich fügen würden. Darauf habe der Ministerpräsident — Canovas del Castillo — erklärt, daß ihm hierüber nichts bekannt sei und daß Spanien niemals Hoheitsrechte über die Carolinen beansprucht habe. Um dieses Eingeständnisses ganz sicher zu sein, veranlaßte der englische Gesandte den Ministerpräsidenten, diese Erklärung wiederholt abzugeben.

Ein englischer Schiffscapitän macht in der „Times“ darauf aufmerksam, daß England im Jahre 1882 ein Geschwader nach den Palaus-Inseln gesandt habe, um die Eingeborenen der nördlichen Inseln wegen der Unbill zu züchtigen, die sie der Bemannung eines britischen Schiffes, welches zwei Jahre vorher dort gescheitert sei, angethan hätten. Wenn Spanien die Souveränität über jene Inseln gehabt und ausgeübt hätte, hätte es gegen diesen offensibaren Eingriff Englands in seine Hoheitsrechte Verwahrung einlegen müssen. Aber Spanien hat keinerlei Notiz davon genommen.

Nach der „Epoca“ geht England in der Carolinenfrage mit Deutschland Hand in Hand. Wie die „N. N. Z.“ hört, hat der englische Geschäftsträger in Madrid eine schriftliche Mittheilung überreicht, worin England erklärt, daß es in Uebereinstimmung mit Deutschland und mit der Note vom Jahre 1875 die unbegründeten spanischen Ansprüche auf die Carolinen nach wie vor nicht anerkenne.

Nach dem Hamb. Corr. soll der spanische Unterrichtsminister Pidal im letzten Ministerrathe erklärt haben, seine Partei (die ultramontane) werde nur zu einem Schiedsgericht des Papstes ihre Zustimmung ertheilen. König Alfons soll hierauf entgegnet haben, daß der protestantische Kaiser Wilhelm sich solchem Schiedsgerichte nicht unterwerfen werde. Dem gegenüber erklärt die „Köln. Ztg.“, daß man in Deutschland zu große Hochachtung vor der Person des Papstes und zu großes Vertrauen in seine Unparteilichkeit habe, als daß wir ihn als Schiedsrichter ablehnen sollten. „Es hat den Anschein — sagt das Blatt —, als ob die Parteien in Spanien solche Auffassung nicht hätten und daß man in Spanien ein geringeres Zutrauen zum Papste habe als in Deutschland.“

Personalien.

Dem praktischen Arzt Sanitätsrath Dr. Noeder zu Deutsch-Lissa ist der Charakter als Geheimer Sanitätsrath verliehen worden.

Der Oberregierungsath von Gruben in Bromberg ist zum Verwaltungsmitgliede und zugleich zum Vorsitzenden der Deputation für das Heimathwesen zu Bromberg auf die Dauer seines Hauptamtes am Sitze der Deputation ernannt worden.